

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühren beträgt für die erstnahlige Aufnahme der ersten 25 Zeilen für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Anzeigen 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in die Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 11.

Breslau, Freitag, den 13. Januar 1911

22. Jahrgang.

Schlesische Reichstagswahlausichten.

Seitdem die Nachricht ausgebrochen wurde, daß die Wahlen zum deutschen Reichstag möglicherweise schon im Frühjahr 1911 stattfinden und eine allgemeine Ueberumpelung der Oppositionsparteien durch die Regierung nicht ausgeschlossen sei, nimmt man auch im bürgerlichen Lager die Vorbereitungen zum Wahlkampf mit größerer Energie auf und lange Listen von Kandidatennamen wirbeln durch die Straßen der Städte. Da sind die „Alten“, die der sicheren Niederlage durch freiwilligen Verzicht ausweichen, wie der Erbprinz Hohenlohe in Göttingen und der liberale Abgeordnete Enders aus Sonnenberg, da sind die „neuen Männer“, die mit ihres Namens Zugkraft schwanfende Throne stützen sollen, und unter denen selbst Rosabrowsky, Dernburg und Moltke genannt werden, da sind die Jugendparlamentarier, die land auf, land nach einer parlamentarischen Heimstatt suchen, und daneben die um angereiche Liste der Lokalgrößen, die über den engen Rahmen ihrer Wirksamkeit hinaus bisher nicht bekannt wurden.

Verhältnismäßig ruhig steht es allerdings noch in den beiden Breslauer Wahlkreisen aus, wo sich die bürgerlichen Parteien in starker Verlegenheit befinden. Herr Stadtschulrat a. D. Pfundtner hat bereits definitiv erklärt, daß er eine neue Kandidatur unter keinen Umständen annimmt, und da die Konservativen und Zentrumsleute natürlich nicht daran denken, ihm oder einem anderen Liberalen ihre Stimmen zuzuwenden, sinkt die fortschrittliche Kandidatur sofort wieder zu einer reinen Zählkandidatur zurück, die ihre blau-schwarzen Konkurrenten nicht erheblich überragen wird. Man findet sich in beiden Lagern wohl schon jetzt mit der Tatsache ab, daß bei Wahlen im ersten Anlauf an die Sozialdemokratie zurückfällt, was natürlich für unsere Genossen kein Anlaß sein kann, die Hände in den Schoß zu legen.

Noch ungeklärter liegen die Verhältnisse im Osten. Fürst Sayfeldt hat sich über seine Absichten noch nicht bindend erklärt, es steht aber außer Frage, daß er seine Zustimmung zur Kandidatur nur geben würde, wenn es zu einer Enttötung aller bürgerlichen Parteien käme. Man ist jedoch nicht zu denken, denn da die Schwarzen ihre Stimmen dem Freisinn im Westen entziehen, können die Fortschrittler im Osten sich nicht der Reaktion anklaffen wie ja überhaupt die Neigung der Liberalen, für die Rechte zu stimmen, seit der Finanzreform etwas abgekühlt wurde. Noch ausschlaggebender als diese offene Weigerung der Liberalen aber ist die geheime Wählerlei der extremen Konservativen und Zentrumsleute gegen den Kandidaten einer Partei, die in der Stadt so geringen Anfang hat, als es bei der Reichspartei der Fall ist. Und wenn der Widerspruch der Liberalen nicht hinreichen würde, diese Abneigung der Agrarier wird den Herzog zu Trachenberg sicher zu Fall bringen. So haben wir in beiden Kreisen mit einer Zerspaltung der bürgerlichen Stimmen auf mehrere neue Männer zu rechnen, was die Chancen unserer Kandidaten Edward Bernstein im Westen und Oskar Schütz im Osten nur verbessern kann. Am 22. Januar, wenn der Wahlkampf von unserer Seite eröffnet wird, werden diese Kandidaten vor ihren Wählern Ansprachen halten.

In einiger Schwere liegt befindet sich der blau-schwarze Block auch im Kreise Breslau-Land-Neumarkt, weil man mit einem erheblichen Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen rechnet. Die Stimmen des Grafen Carmer allein werden jedenfalls nicht mehr genügen, um den Sieg über den Sozialdemokraten zu erringen; man braucht die Hilfe des Zentrums, und die Hilfe soll nicht mehr unentgeltlich gewährt werden. Die Pfaffenpartei benutzt die heikle Lage der blauen Brüder zur Erpressung eines Landtagsmandats, und Graf Carmer wird sich dazu verpflichten müssen, auf den Sitz im Dreiklassenkollegium zu Gunsten eines Grafen Gendel-Donnersmarkt zu verzichten. Ob freilich die Bürger, Bauern und Arbeiter des Landkreises einen Unterschied zwischen katholischen und evangelischen Grafen machen werden und nicht lieber beiden den Laufpaß geben, das wird sich erst im Laufe des nächsten Jahres entscheiden.

In den übrigen Kreisen Mittel-schlessens, den agrarischen Domänen Militsch, Steinau-Wohlau, Krieg und Ohlau sind zumest die alten konservativen Abgeordneten als Kandidaten nominiert, sie werden aber diesmal gegenüber dem ernsten Instium des Landtagsmandats und der gekräftigten Organisation der Sozialdemokratie einen schweren Stand haben. In einer Zeit, wo die festesten Junkerthümle ins Schwanken geraten, sehen selbst Heddebrand und Kother dem Wahlsieg mit Grausen entgegen, obgleich die Liberalen hier überall mit ihren Kandidaten im Allfände sich befinden.

Während in diesen Kreisen Schlessens auf ein Zusammenstoßen des Freisinn und der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen gerechnet werden kann, wird in Niederschlessien der schärfste Kampf zwischen Liberalen und Sozialdemokratie entbrennen. Die freisinnigen

Kandidaten stehen hier in Gefahr, entweder ganz aus der Stichwahl gedrängt zu werden, oder mit den Sozialdemokraten in die engere Wahl zu gelangen; beide Perspektiven lassen ihnen eine skrupellose Verunglimpfung der Sozialdemokratie für nichtlich erscheinen, wie wir sie von den Herren Fischek und Mugdan ja seit Jahren gewohnt sind. Wie unter diesen Umständen der dritte Mann aus dem Kreise, Herr Kopisch, der sich in Löwenberg land mit Zentrums-, bald mit Arbeiterhilfe hindurchmanifester, auf sozialdemokratische Unterstützung rechnen will, ist uns nicht recht verständlich. Er sollte sein Känzel schnüren und in eine Gegend ziehen, wo man ihn und seine Taten weniger gut kennt.

Freilich, das Gesicht Wassermanns, des erfolglosen Suchers, mag ihn schrecken. Während dieser national-liberalen Führer jetzt um den Kreis Freiburg-Emmendingen handelt, ist sein Wahlkreis der Gegenstand liberaler Kämpfe. Früher wurde Kothenburg-Hoherswerda befehllich vom Grafen Arnim vertreten, die Hälz der Schlesischen Zeitung hat das ihre dazu beigetragen, daß Wassermann wieder an die frische Luft gesetzt worden ist. Nun sind aber den Konservativen inzwischen zwei gefährliche Rivale entstanden: die Sozialdemokraten und die Volksparteiler. Um die letzteren zum Verzicht auf den Kreis zu veranlassen, haben die Nationalliberalen in Bunzlau-Lüben den Pastor Kröppeln als Kandidaten nominiert. Mit der Aufrechterhaltung dieser Kandidatur würde Doormann sicher aus der Stichwahl gedrängt werden — was ihm allerdings so wie so droht —, und nun sagt die nationalliberale Partei: Ueberläßt man uns Kothenburg-Hoherswerda, dann verzichten wir auf die Kandidatur in Bunzlau-Lüben. Ob der Kuhhandel zustande kommt, ist noch nicht sicher, da ja auch in Mittelschlessen noch Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen der Liberalen erfolgen müssen.

Wichtige Konfirmation ist im „gemäßigten Wahlverein“ in Waldenburg ausgeprochen, seit wir die sauberen Wachsenarten bei der Kandidatur Hippstädter aus Nicht der Desentlichteit gezogen haben. Es wird den Waldenburger Patrioten jetzt sehr schwer fallen, einen „geordneten“ Kandidaten zu finden, noch schwerer allerdings, für ihn die Wähler aufzutreiben. Sachse schenkt doch ziemlich fest zu ihm. Diese Herrschaft kann die Kraft des Segner, denen es sonst an Geld und willigen Hausknechten nicht fehlt.

Recht unbefriedigt auf ihren Reichstagsesseln fühlen sich kurz vor dem Looseschluß auch die Herren Fischek und Kothosen, von denen der erste sicher, der zweite höchstwahrscheinlich ruhmlos das Schlachtfeld verlassen wird. Ihr Selbstvertrauen ist so angewachsen, daß Kothenburg-Neurode selbst durch das größte Mundwort und Ertrag durch den schlimmsten Terrorismus nicht mehr gehalten werden kann.

Nun hat der „Liegnitzer Anzeiger“ dieser Tage der Welt ein neues Märchen über ein konservativ-sozialdemokratisches Stichwahlabkommen im Kreise Sagan-Sprocktau aufgeschickt. Wahr ist an diesem Abkommen folgendes: Nach der Hauptwahl 1907 legten die Saganer Genossen beiden Kandidaten, dem Liberalen Endemann wie dem Konservativen v. Bolko, die vom Parteivorstand aufgestellten Mindestforderungen zur Erklärung vor. Beide Kandidaten, der Liberale wie der Konservative, unterzeichneten diese Mindestforderungen. Die Bezirksparteileitung in Görtzig gab jedoch die Parole der Wahlenthaltung aus, die unter den obwaltenden Umständen nur teilweise befolgt wurde. Neben 450 unbeschriebenen Zetteln mögen etwa 500 sozialdemokratische Stimmen auf Bolko, 1500 aber auf Endemann gefallen sein. Da nun v. Bolko schon im ersten Wahlgange 1200 Stimmen Vorprung hatte, ferner 1300 Zentrumsstimmen in Reserve standen, erklärte sich der Sieg des Liberalen ohne jedes „konservativ-sozialdemokratisches Stichwahlabkommen“, das eine Erfindung des „Liegnitzer Anzeigers“ ist.

Jedenfalls werden aber bei den bevorstehenden Wahlen unseren Genossen in allen Kreisen zahlreiche, mit Geldmitteln sehr reichlich ausgestattete Kandidaten entgegenstehen, so daß sich schon aus diesem Grunde eine baldige Einführung unserer Wahlklassen durch Erhöhung der Beiträge empfiehlt.

Bisher aufgestellte Reichstagskandidaten in Schlessien sind:

- Regierungsbezirk Breslau:
- Guhrau-Steinau-Wohlau: Gauleiter Senf (Soz.), Graf Carmer-Oden (Konl.).
 - Militsch-Terbitz: Gauleiter Köster (Soz.), Heddebrand (Konl.), Schmidt (Knl.).
 - Oels-Waldenburg: Gauleiter Kippel (Soz.), Rittergutsbesitzer Wessing (Konl.).
 - Ramslau-Weis: Parteileiter Müller (Soz.), Amtsrichter von Fernsd (Konl.).
 - Ostau-Strehlen: Redakteur Reulisch (Soz.), Gaubesitzer Kother (Konl.).
 - Breslau-St. Petersberg: Dr. Schütz (Soz.).
 - Breslau-West: Edward Bernstein (Soz.).
 - Breslau-Land-Neumarkt: Parteileiter Scholich (Soz.), Graf Carmer-Preunig (Konl.), Graf Donnersmarkt (Zentr.).
 - Schwidnitzer-Kreuz: Redakteur Feldmann (Soz.), Bürgermeister (Konl.), Kothosen (Konl.).
 - Waldenburg: Abg. Kopisch (Soz.).

- Reichenhau-Neurode: Verleger August Kühn (Soz.), Abg. Fischek (Zentr.).
- Sagan-Weißeritz: Parteileiter W. Schönmüller (Soz.), Abg. Dopperzdorf (Zentr.).
- Frankenstein-Münsterberg: Tertiarbeiter Drieschner (Soz.), Graf Prachowa (Zentr.).

Regierungsbezirk Liegnitz:

- Grünberg-Freybaldt: Parteileiter Stolpe (Soz.), Justizrat Pohl (Konl.).
- Sagan-Sprocktau: Gauleiter Krüger (Soz.), Bürgermeister Adolph (Konl.), Abg. v. Bolko (Konl.).
- Sagan: Gauleiter Zimmert (Soz.), Professorschlager (Soz.).
- Bunzlau-Lüben: Verleger Scheib (Soz.), Professor Doormann (Soz.), Abg. dem Winkel (Konl.), Pastor Kröppeln (Konl.).
- Löwenberg: Tertiarbeiter Max Schiller (Soz.), Abg. Köpcke (Soz.), Gaubesitzer Schäfer (Konl.), Gaubesitzer Scholz (Konl.).
- Liegnitz-Gahman: Gauleiter Dietrich (Soz.), Abg. Fischek (Soz.), Conrad-Breslau (Konl.).
- Landeshut-Zauer: Arbeiterleiter Prohl (Soz.), Abg. Bächle-mann (Konl.).
- Sirshberg-Schönau: Abg. Kuhl (Soz.).
- Görtzig-Lauban: Redakteur Kaubadel (Soz.), Abg. Mugdan (Konl.).
- Rothenburg-Hoherswerda: Konsumverein? angestellter Dittmann (Soz.).

Politische Uebersicht.

Noch eine Reichstagsersatzwahl.

Der Tod hält noch einmal reiche Ernte unter den bisherigen Reichstagsabgeordneten. Am Dienstag Abend hat er den antirepublicanischen Abgeordneten für die Eisen-Nübbe, Philipp Köhler, hingerafft und damit auch diesen Kreis vor die Notwendigkeit einer Nachwahl gestellt, die bei der Verteilung der Stimmen unter die einzelnen Parteien sehr interessant werden dürfte. In Eisen-Nübbe wurden nämlich 1907 9017 antirepublicanische, 7484 nationalliberale und 8396 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, worauf in der Stichwahl Köhler mit 11,543 Stimmen über seinen nationalliberalen Konkurrenten, der 10,575 Stimmen erhielt, siegte.

Das Wachstum unserer Partei im Wahlkreis ist ein regelmäßiges und andauerndes (1893: 2852, 1898: 4495, 1903: 6025, 1907: 8396) und es ist deshalb zu erwarten, daß es den Genossen gelingt, selbst wieder in die Stichwahl zu kommen, wie das in früheren Jahren bei geringerer Stimmzahl schon der Fall war. Das muß auch deshalb ihr eifriges Bestreben sein, weil sich in Eisen-Nübbe und Nationalliberalen an reaktionärer Verfassung nichts nehmen und das Volk bei beiden verraten und verkauft ist.

In Zimmernstadt-Binsau (Schwaben) findet die Reichstagsersatzwahl schon am 25. Februar statt.

In der Berliner freisinnigen Presse wird die Aufstellung einer besonderen fortschrittlichen Kandidatur angeregt. Bei der Neigung des heftigen Nationalliberalismus nach rechts müßte die Aufstellung einer solchen Kandidatur allerdings geradezu als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden. Vielleicht wird man schließlich von ihrer Aufstellung dennoch Abstand nehmen, um eine Schwächung des sogenannten „Gesamtliberalismus“ zu verhindern. Dieser Gesamtliberalismus besteht aber fast ebenso wie der berühmte „Blod von Wassermann bis Bebel“ nur in der Phantasie und in keinem deutschen Land sind die Anführer zu ihm spärlicher entwickelt als im Großherzogtum Hessen.

Fromme Abgeordnete als Kirchenschwänzer.

Der preussische Landtag hat neben anderen hervorragenden Eigenschaften seiner besonderen Vorzug, das frommste Parlament der Welt zu sein. Eine Dreiviertelmehrheit beider Häuser steht auf orthodox-protestantischem oder katholischem Boden, und der „christliche Geist“ wird in keinem Parlament so oft von den Rednern im Munde geführt wie hier. Der kirchlichen Gesinnung, die in diesem Landtag walitet, verdankt ja Preußen auch seine konfessionelle Volksschule, das Ueberwiegen der Religion im Elementarunterricht, die treibhausartige Förderung von Kirchenbauten und religiösen Anstalten aller Art.

Entsprechend dieser frommen christlichen Gesinnung der preussischen Gesetzgebung besteht der Brauch, daß vor der Eröffnung des Landtags ein Gottesdienst in der größten Kirche Berlins stattfindet, für die Protestanten die gottesfürchtige Volksvertreter Gelegenheit, sich feierlich für ihr schweres Werk zu stärken und zu dem lieben Gott zu beten, auf daß er sie zum Wohle des Volkes erleuchten möge.

Als nun die parlamentarischen Kirchenschwänzer am 10. Januar aus dem Gottesdienste nach dem königlichen Schloß „strömten“, wo die feierliche Eröffnung der Landtagshäuser des Landtags stattfand, zählte man sie, und fand, daß es genau hundertundfünfundzwanzig waren. So viel waren nämlich im Weißen Saale anwesend, ob die alle zuvor dem Gottesdienst besuchte, oder ob nicht wieder ein erheblicher Prozentsatz von ihnen hinter die Kirche gegangen war, läßt sich leider nicht feststellen. Die Mehrheit der Kirchenschwänzer gehörte dem Herrenhaufe an, von dem

448 Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses sind aber kaum fünfzig in der Kirche gewesen.

Es scheint also, daß die Mehrheit der frommen Parlamentarier auf dem Standpunkt steht, daß die Religion zwar dem gewöhnlichen Volke erhalten werden muß, daß sie aber für dessen erlesene Geister, soweit sie im preussischen Landtag vertreten sind, ziemlich überflüssig sei.

Der Geschäftskreis des Fürsten Wendel von Donnersmard.

Unter der Firma „Papier-Union G. m. b. H.“ in Berlin wurde dieser Tage eine Gesellschaft gebildet, die den Aktienverkauf der Wendel v. Donnersmardschen Papierfabriken in Hugsbühl und Krappitz in Oberschlesien für das Deutsche Reich, Belgien, Dänemark und Holland übernommen hat.

Freisinniger Wahlrechtsantrag.

Ein im Abgeordnetenhause eingebrachter Antrag der sozialistischen Volkspartei ersucht um Vorlegung eines Gesetzentwurfes noch in dieser Session, der für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe einführt.

Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Seniorenkommitee hielt Mittwoch Mittag eine Sitzung ab. Der Präsident schloß in der Sitzung einen Arbeitsplan vor. Danach soll die zweite Beratung des Strafrechtbuches vom 12. bis 14. Januar vorgenommen werden.

Flammen.

Roman von Wilhelm Segeler.

Und während er in vollen Zügen die Luft einatmete, fühlte er wieder mit blühenden Werten den weichen Strom über sich hinfließen. Fühlte sich finden und finden in sich.

Strassprozedur in der Beratung zu teilen; zunächst konnte das Verordnungsverfahren erledigt und dann die Beratung abgebrochen werden und die zweite Lesung des Staats beginn.

Dann kam der Präsident auf die Geschäftsordnungsbehalte vom gestrigen Tage zurück. Er erklärte, daß er völlig loyal verfahren sei. Rücksprache mit den einzelnen Parteien gehalten und geglaubt habe, daß die Parteien mit seinen Dispositionen völlig einverstanden seien.

Die Wirkung der Tabaksteuer.

„Allgemeine Zeitung“ befaßt sich in einem längeren Artikel mit der Wirkung der Tabaksteuer und kommt zu dem Schluß, daß die Tabaksteuer nunmehr alle durch die Steuererhöhung entstandenen Schwierigkeiten überwunden habe.

Nach den von uns bereits veröffentlichten Zahlen betrug die Durchschnittsziffer der Arbeitenden auf je 100 offene Stellen im März 1910 noch 891, im Juni 456, im Juli auf 271, im August auf 250, im September auf 187 und im Oktober auf 166 zu sinken.

Auf den Gedanken, daß die Verminderung der Arbeitsuchenden in der Tabakindustrie darauf zurückzuführen ist, daß die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter in anderen Industriezweigen Aufnahme gefunden haben, ist der Verfasser des Artikels offenbar garnicht gekommen.

Der Prozeß des Bergmanns Schröder.

beginnt in Ulm vor dem Schwurgericht des Wiedererwerbungsverfahrens gegen den ehemaligen „Kaiserbesatzten“ Ludwig Schröder und seine Genossen, die lehrteit mit in den auffächerenden Effizier Weinbrotprozess verwickelt waren.

Die Anklage wegen Majestätsbeleidigung hat Schiffbruch erlitten.

Wegen der bekannten, auch im Reichstag erörterten Beschlüsse des Senates Wendel von der „Frankfurter Volksstimme“, betitelt: „Die Flecken, die Sonnenanbeter!“ hatte die Staats-

anwaltschaft dem Verfasser eine Wiltage wegen Majestätsbeleidigung gestellt. Die Frankfurter Strafkammer hat aber die Entscheidung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Erst sollte die Volkshäre Hochverrat enthalten, daraus wurde aber nichts, jetzt ist auch die Majestätsbeleidigung in nichts zerfallen. Die Demonstration in Wilthausen L. G. erregt auch den Groll der „Deutschen Zeitung“, des Berliner Parlamentarierorgans.

Die „Deutsche Zeitung“, des Berliner Parlamentarierorgans, der sozialdemokratischen Natur, der für die Reichslande die republikanische Staatsverfassung fordert, wird als eine öffentliche Aufforderung an hochverräterischen Beschäftigten, als eine Folge „unser moderner radikalsten unmännlichen Bestrebungen“ bezeichnet.

Der jetzige Chefredakteur der „Augsburger Postzeitung“, des größten bayerischen Zentrumsblattes, wird die Leitung eines Zentrumsblattes in Stuttgart übernehmen. Nach einer Wiltung des „Bayerischen Vaterland“, zu dessen Mitarbeitern der Zentrumsredakteur Dr. Helm gehört, erfolgte das Ausscheiden des Chefredakteurs aus der „Postzeitung“ wegen Gehaltsdifferenzen.

Die erste Strafen wegen Verweigerung des Antimodernistengesetzes sind nun verhängt worden und zwar über das Bruderpaar Franz und Konstantin Wieland.

Der an der Spitze des Kreuzer-Kreuzer-Vereins in Baden gestanden hat, schreibt das Blatt mit dem Eiferigen Kreuz in der ehernen Sitten:

Ob Bader noch weitere Postrollen in Süddeutschland geben wird, ist uns unbekannt. Vielleicht bringt er auch noch dieses „Opfer“. Der Rufus solcher „Martyrer“ pflegt aber kurz zu sein.

Der an der Spitze des Kreuzer-Kreuzer-Vereins in Baden gestanden hat, schreibt das Blatt mit dem Eiferigen Kreuz in der ehernen Sitten: Ob Bader noch weitere Postrollen in Süddeutschland geben wird, ist uns unbekannt.

zu erheben, als sie ihn leise beim Namen rief, und während sie ihn mit sanfter Gewalt aufrichtete, sah er sie an, ohne daß der stehende und in sich gekehrte Ausdruck seiner Augen sich veränderte.

„Ich hab dich wirklich lieb, Heinrich. Du kannst mir glauben.“ „Gott, ich tu's ja“, antwortete er geduldig. „Ich hab dich lieb — bis in den Tod“, flüsterte sie.

Stadt-Theater.

„Der Schneemann“... „Güterbaumring“... „Wilhelm Tell“...

Lobe-Theater.

„Der Graf von Zugenburg“... „Das Mühlentänzerl“...

Thalia-Theater.

„Das Glück im Winkel“... „Das Glück im Winkel“...

Schauspielhaus

„Ganz der idyllische“... „Quo vadis?“... „Premiere“...

Liebig's Etablissement.

Die G'schamige... Moritz Heyden... Martin Kempinski...

Viktoria-Theater

Henry Bender... Der Doppelwensch... Vorher die neuen Kunststoffe...

Zeltgarten

Das brillante Programm... 11 Glanznummern...

Palmengarten.

Damen-Trompeter-Korps... Reformbier... Hohtabakhandlung...

Hohtabakhandlung

Carl Rother & Rode... Dresden 1... 4671... 17. alte Samatra-Decken...

Waren- u. Kaufhäuser.

Gebr. Barusch... Basar Markt... Friedrich, Gebr... Notulshorn... Hanschler Fr...

Wir werden Ihnen beweisen, dass Sie noch nie so billig eingekauft haben

als in unserm Montag, den 16. Januar beginnenden

Inventur-Räumungsverkauf.

M. Schneider

Ein Vor-Verkauf findet nicht statt. Enorme Auswahl. Auf jedem Etikett ist der frühere und jetzige Preis deutlich sichtbar.

Geschäftshaus grössten Stils

Aussteuer Artikel Leinenwaren Gedecke, Tischtücher... Konfektion für Damen u. Kinder... Kleiderstoffe, Seide Putz... Teppiche, Gardinen Stores.

Breslau: Schweidnitzer Strasse vis-à-vis Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Ehrtige Frauen und Mädchen... Sofen... Chauffeur... P. Münch... Herren-Masken-Verteilung... Damenfriseurin... Tafel-Butter... Paul Mischke...

Zirkus Busch... Grosser Gala Eröffnungs-Abend... Preise der Plätze... Sittlich-Sorverfant...

Wilhelmsburg Karnevals-Kränzchen... Kentschel's Etabl., Pöpelwitz... Bergkeller... Brix, Cosel... Nervöse, Herz-, Magen-, Nierenkranke und Gesunde...

Wir empfehlen: Tod der Todesstrafe! Die Volksschule wie sie ist...

2 Zwei grosse Gala 2 Vorstellungen... Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr...

Konjunkturverein für Girsberg und Umgegend... Mitgliederzahl am 1. Juli 1909... 741...

Billard-Klub „Germania“... Großer Masten-Ball... Nervöse, Herz-, Magen-, Nierenkranke und Gesunde...

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen! Möbel-Einrichtungen... Krimke & Co., Neue Graupenstr. 7...

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis... Reinelt, C. A., Zahn-Ateliers, Zigarren u. Zigarotten, Woll- und Wollwaren, Wild- und Geflügel...

Das Urteil im ersten Moabiter Prozeß.

Berlin, 11. Januar 1911.

Die Urteilsverkündung im ersten Moabiter Prozeß war für heute Mittag 2 Uhr angesetzt; es war aber bereits nach 4 Uhr, als der Gerichtshof im Saale erschien.

Der Vorsitzende erteilte zunächst den Angeklagten das letzte Wort, die um ihre Freisprechung bzw. eine milde Strafe baten.

Hierauf stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Eohn eine ganze Reihe von Eventualanträgen, unter anderen den auf nachträgliche Vernehmung des Polizeimajors Klein und des Polizeileutnants Folte unter Bezugnahme auf deren Aussagen vor dem Schwurgericht. Der Polizeimajor habe gestern ausdrücklich erklärt, er könne eine Garantie dafür, daß seine Äußerungen immer befolgt worden seien, nicht übernehmen.

Um 1/5 Uhr zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und erscheint nach einer Viertelstunde wieder, worauf der Vorsitzende in zweifelhäftiger Beratung folgendes

Urteil

verklündet: Die Straftaten, deren die Angeklagten beschuldigt werden, sind im Zusammenhang mit den Vorgängen, die den Streik bei der Firma Kupfer veranlaßt haben. Es ist nicht Aufgabe des Gerichts, zu entscheiden, ob der Streik berechtigt war, es muß aber zu Gunsten der Angeklagten festgestellt werden, daß die streikenden Arbeiter sowohl wie die Einwohnererschaft von Moabit davon ausgehen konnten, der Anspruch auf eine Lohnerhöhung sei berechtigt. Das Gesetz gibt den Arbeitern das Recht, sich zur Herbeiführung besserer Lohnverhältnisse zu vereinigen, das Gesetz verlangt aber auch, daß dabei die Rechte anderer geschützt werden, und das ist nicht geschehen. Die streikenden Arbeiter haben das Eigentum der Firma angegriffen und daher war die Polizei verpflichtet, zu Gunsten des angegriffenen Eigentums und zum Zwecke der angegriffenen Personen einzuschreiten. Der Vorsitzende geht dann an der Hand der Beweisaufnahme die gesamten Unruhen von Anfang bis zu Ende sowie die dabei begangenen Ausschreitungen durch. Der Umstand, daß eine Anzahl Beamte durch Steinwürfe aus dem Schwestern Fabrikhoje vertrieben wurden, zeigt, daß nicht nur immer der Janhagel im Spiele war; hier handelte es sich um organisierte Arbeiter. Die Verteidigung sagt, die Bewohner seien vom Fenster weggedrückt worden, damit die Polizei keine Zeugen hätte. Näher liegt aber doch die Erklärung, daß dieser Befehl erging, damit nicht weiter aus den Fenstern geschossen werden konnte. Gewiß ist zuzugeben, daß auch viele Unschuldige in die Attacken der Polizei hineingekommen sind, aber das Gericht hat nicht darüber zu entscheiden, ob die technischen Maßnahmen der Polizei richtig waren. Solche Sachen lassen sich hinterher vom grünen Tisch aus überhaupt nicht beurteilen.

Als erwiesen muß gelten, daß Mißgriffe und Ausschreitungen der Beamten vorgekommen sind. Nun besteht allerdings ein gewisser Haß gegen die Polizei, der die vorurteilstreue Beurteilung erschwert. Andererseits ist den Zeugen von der Polizei Unsicherheit zum Vorwurf gemacht worden: Es ist das aber erklärlich, wenn man, wie der Rechtsanwalt seine sich ausdrückte, die Zeugen unter die Jangge nimmt. In dieser Beziehung ist lehrreich der Fall des Reut-

nants Folte. Er ist ein außerordentlich ruhiger, klar und besonnener Mann. Als aber fortgesetzt seine Wahrheitsliebe angegriffen wurde, da wurde er unsicher und nervös. Für das Gericht bleibt aber doch bestehen; es handelt sich nicht nur um vereinzelte Mißgriffe der Polizei, das Gericht hat die Ueberzeugung,

daß bei einer größeren Anzahl von Fällen Mißgriffe stattgefunden haben.

Aber erst vom Abend des 26. September an. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Beamten einen sehr schweren Dienst katzen, sich in Lebensgefahr befinden und bis aufs Mut gereizt wurden.

Es ist Pflicht des Gerichts, Angriffen auf die Vollstreckungsbeamten mit aller Energie zu begegnen. Nicht bewiesen ist, daß Kopfpistol unter der Menge tätig waren und daß der Waffennißbrauch seitens der Beamten aus Luft an Noheit erfolgte. Vollig beweislos steht die ungeheuerliche, freilich nur andeutungsweise aufgestellte Behauptung da, als ob die Gesamtleitung der Polizei den Mißbrauch der Waffen gebildet oder gar zu besonderen Zwecken provoziert hätte. Der Vorsitzende geht dann die Straftaten jedes der einzelnen Angeklagten durch. Die meisten derselben charakterisieren sich nach dem Vorsitzenden

nur als Beamtenebeidigung.

bei dem Angeklagten Bod siegte schwere Körperverletzung, bei Liebemann Aufruhr und bei Pilz Nötigung und Vergehen gegen die Gelehrtenordnung vor. Bezüglich des letzteren Falles Pilz ist der Gerichtshof zu der Ueberzeugung gekommen, daß hinsichtlich der Mißhandlung des Zeugen Wellschmidt ein non liquet vorliegt. Der Zeuge Wellschmidt reicht nicht aus, um die Verurteilung eines bisher unbescholtenen Mannes herbeizuführen. Daß Wellschmidt in dem Lokal des Pilz eingeschlagen wurde, steht fest. Bezüglich der Tätigkeit des Pilz in dieser Beziehung ist aber eine Lüge, und der Gerichtshof kann nicht die Verantwortung übernehmen, daß durch eine Verurteilung die Errögen eines Menschen vernichtet wird. Zu Gunsten der Angeklagten ist die allgemeine Aufruhr in Moabit geltend zu machen, ferner der Umstand, daß es sich um Elemente handelt, die leichter zu Tätlichkeiten neigen und endlich die Tatsache, daß von Seiten der Beamten Mißgriffe vorgekommen sind. Auf der anderen Seite muß berücksichtigt werden, daß ein ganzer Stadteil tagelang in Aufruhr verlegt, daß der Verkehr außerordentlich gestört wurde und daß jeder, der Mitleid hat, auch die Strafen des Gesetzes fühlen muß. Der berühmte Rechtslehrer Jhering hat das Wort geschaffen: Die Justiz mit der Wage ohne Schwert, ist die Schmach des Rechts.

Daher waren die Angeklagten wie folgt zu bestrafen: Liebemann ein Jahr sechs Monate, Mertens sechs Monate, Raschke acht Monate, Glaser zwei Monate, Litwicki sechs Monate, Meyer (ein jugendlicher) neun Monate, Röhrenberg drei Monate, Muslewski zwei Monate, Krämer drei Monate, Frau Dominaf sechs Wochen (zwei Wochen gelten als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt), Dreier sechs Wochen, Haggen drei Monate, Treptowski vier Monate, Bod (ber einen Schutzmänn mit dem Messer gestochen hat) dreieinhalb Jahre, Frau Frieße zwei Tage, Heide neun Monate, Heinemann drei Monate, Nothe zwei Monate, Hermann Weich sechs Monate, Wandt neun Monate, Schulz zwei Monate,

Pollchow sechs Wochen, Otto Weich drei Monate, Romanowski ein Monat, Miersch ein Monat, Senf ein Monat, Pilz drei Monate, Eisenreich einen Monat Gefängnis. Frau und Fräulein Sattler sowie der Angeklagte Krakat wurden freigesprochen. Bei den Angeklagten Haggen, Frau Frieße, Nothe, Romanowski, Miersch und Pilz wurde die gesamte Strafe als verbüßt erachtet. Die Angeklagten Albrecht, Riche und Weidemann erhielten wegen einfacher Beleidigung je 30 Mark Geldstrafe. Auch bei den übrigen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft, und zwar bis zu drei Monaten, in Anrechnung gebracht. Die Kosten des Verfahrens, soweit Verurteilung erfolgte, haben die Angeklagten zu tragen. Dem Polizeipräsidenten v. Jagow wurde die Publikation in einer Berliner Blatt zugesprochen.

Der Gerichtshof ist mit den erkannten Strafen im allgemeinen weit unter die Anträge der Staatsanwaltschaft gegangen; nur im Falle Bod wurde das beantragte Strafmaß von zweieinhalb Jahren um ein ganzes Jahr überschritten.

Auf der Strafe erwartete eine große Menschenmenge die Angeklagten.

Wir kommen auf dieses Urteil noch zurück. Das Gericht ist in fast allen Fällen weit hinter den Anträgen des Staatsanwalts zurückgeblieben, drei Freisprechungen, drei Geldstrafen und eine Anzahl Freiheitsstrafen, die noch hinter der Untersuchungshaft zurückbleiben, beweisen zur Genüge, was man aus harmlosen Vorkommnissen alles aufgebaut hat. Der Fall Pilz ist dafür charakteristisch! Denn daß sich die Lieberkammer etwa von auswärts wieser Miße hätte leiten lassen, dem widersprechen die horrenden Urteile gegen Bod und Liebemann. Wir haben wahrhaftig für Messerstecher nichts übrig, aber erinnern wir uns recht, so gab Bod an, daß er das Messer nur in Abwehr des Schutzmanns fockels gebraucht habe. Selbst wenn das jedoch nicht zutreffen sollte, welche Strafe müßte, an diesen drei Jahren gemessen, jene Schutzleute treffen, die ihre Waffe in brutaler Welle gegen Wehrlose, Kleinhend, Frauen und Greise geschwungen? Welche Strafe müßte die Gelden treffen, die den katholischen Arbeiter Hermann mit ihren Säbeln erschlugen und dann zu feige waren, für ihre Tat einzustehen? Sie würden aus dem Gefängnis überhaupt nicht mehr herauskommen.

So lange sie aber nicht gefast sind, so lange nicht die größten Uebelthäter von des Gesetzes Schärfe erreicht sind, wird das Vertrauen zur Rechtspflege nicht wiederkehren.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Januar.

Gesichtskalender.

13. Januar.

1802 Der Luftschifflicher Ed. v. Bauernfeld in Wien *. 1910 Solge, Begründer eines Stenographie-Systems, f.

Ein städtischer Riesenaalbau.

Eine große Ausstellungs- und Festhalle soll nun in Breslau errichtet werden und schon in zwei Jahren vollendet sein. Es handelt sich um ein Riesenbauwerk, das mit seinen 13,200 Quadratmetern Grundfläche etwa der Ausdehnung des Pflanz-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft. Der Kinematograph hat sich in der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit schon viele Freunde geschaffen. Man stellt ihn — nicht immer mit Unrecht — in Parallele mit der Nic-Carter-Literatur. Dabei bietet die lebende Photographie so viele Möglichkeiten zur Erweiterung der Kenntnisse der Dinge der Welt im großen und im kleinen. Endlich scheint auch der Kinematograph ernstlicher in den Dienst der wissenschaftlichen Forschung gestellt zu werden. Ein Institut für wissenschaftliche Kinematographie hat sich gebildet, das am Dienstag in Berlin gewissermaßen eine Premiere gab. Im Hofsaal der landwirtschaftlichen Hochschule hielt die „Gesellschaft naturforschender Freunde“ einen Vorlesungsabend vor geladenem Publikum ab, auf dem zum erstenmal kinematographische Lichtbilder die Teilnehmer in die tiefsten Geheimnisse des Lebens einführten. Die Befruchtung des tierischen Eies und seine Entwicklung wurde am dem Beispiel eines Seeigels gezeigt. Was sonst im wissenschaftlichen Laboratorium sich den Blicken des Forschers nur im Mikroskop einwühlte, wurde hier der großen Menge in klaren Bildern auf der Leinwand vorgeführt. Man sah, wie das Ei von den Spermien umschwärmt und befruchtet wird, wie sich dann die Dottermembran löst, die Furchung der Eizelle eintritt und die Zellteilung beginnt, zuerst aus der einen Zelle, aus den anderen vier Zellen und so fort sich bilden bis zur Gastrula, Plastrulation usw. und freien Bewegung der Larven des Versuchstieres. Dr. Wilhelm Brant, Abteilungsvorsteher am zoologischen Institut der Universität, erläuterte die Lichtbilder und wies darauf hin, welche Bedeutung die Kinematographie in dieser Form zur Popularisierung der Wissenschaft habe. — Die Vorführung fand lebhaften Beifall. Sie wird am 16. Januar im Schauspielhaus vor der Öffentlichkeit wiederholt werden.

Die Kaiser-Wilhelm-Stiftung. Nach den in der letzten Sitzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — des bei der Berliner Universität — der Kaiser-Wilhelm II. angegliederten wissenschaftlichen Instituts — gefassten Beschlüssen wird die Mitgliedschaft in der Gesellschaft erworben durch einen Aufnahmevertrag von 20 000 Mark. Der jährliche Beitrag ist auf 1000 Mark festgesetzt, in den Jahren 1911 kommen, falls der Aufnahmevertrag mindestens 40.000 Mark beträgt, Organe der Gesellschaft sind außer der Gesamtsammlung der Senat und der Verwaltungsausschuss. In den Senat hat die Gesellschaft durch Wahl mindestens 10 Mitglieder zu entsenden, während die Ernennung weiterer 10 Mitglieder dem Kaiser als Protokoll vorbehalten bleibt. In letzterer der beiden von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu ernennenden chemischen Forschungs-Institute hat Professor Dr. Ernst

Bedemann und Professor Dr. Fris Haber auszuweichen. Beide gehören zu den hervorragenden Gelehrten auf dem Gebiete der chemischen Wissenschaften. Professor Haber ist ein geborener Breslaner.

Aus aller Welt.

So wie kein Herr und Feilant. In einem Artikel der Berliner Neuen Nachrichten, in dem Graf Richthofen-Schwerin „Bedanken gegen die Feuerbestattung“ ankert, liest man folgenden wundervollen und höchst erbaulichen Satz:

„Meinem christlichen Gewichte widerspreitet es, von der alten guten christlichen Sitte der Edbestattung abzuweichen, und wie mein Herr und Feilant im Grabe gelegen hat bis zu seiner Auferstehung, so möchte ich ihm wenigstens darin ganz gleich sein.“

Wenn der Junfer sich leinen Herrn und Feilant doch in anderen Dingen wollte zum Vorbild nehmen.

Italienische Tragödien. In Senarchia bei Neapel ereignete sich eine Bluttat von beinahe antiker Tragik. Fast gleichzeitig waren nach langer Kerkerhaft ein junger Buer und eine junge Bäuerin aus dem Kerker entlassen worden. Der junge Mann hatte aus Eiterjucht seinen Vater der seine Frau verführt hatte, und seine verführte Frau hingerichtet. Sie fast gleichzeitig entlassene, sechsundzwanzigjährige Bäuerin hatte ihrer Schwagermutter, die sie alljährlich überwaachte, den Kopf abgeschritten. Das Paar, das sich durch Zufall fand und durch Schicksalsfügung aufeinander angewiesen war, trat zum Beginn des ganzen Dories in ein Liebesverhältnis. Um meisten entrißte darüber war die alte Mutter der Bäuerin, die verlobens den Liebhaber ihrer Tochter zu veranlassen suchte, das Verhältnis aufzugeben. Als seine Mahnung fruchtete, erwartete die alte Frau den Liebhaber in der Kirche beim Hochamt und schlug den am Altar Knienenden von hinten mit einer Axt nieder. Während alles floh, stellte sich die Mörderin den Gendarmen.

Der alte Kampf der Montagues und Capulets erlebt in Italien immer neue Auflagen. So hat in der Provinz Catanzaro der Paß zwischen den Familien Branca und Galanzo sogar zu einem Straßentampfe geführt.

Der Student Giuseppe Branca wurde auf offener Straße von den beiden Brüdern Michael und Amedeo der feindlichen Familie Galanzo angefallen. Eine Liebesgeschichte war der Grund. Einer heftigen Auseinandersetzung folgten Tötlichkeiten; Schüsse wurden gewechselt und der junge Branca getötet. Doch ihm erkrankten Mörder. Zwei seiner Brüder eilten herbei; Freunde erschienen und die beiden Mörder mußten vor der erregten Volksmenge flüchten. Der eine erreichte sein Haus, Michael jedoch wurde von einer Kugel der Verfolger getroffen und laut Schmerzensschrei nieder. Inzwischen hatten die Mörder der Familie Galanzo ihr Haus verwaht. Als die Brancas und ihre Anhänger erschienen, fanden sie geschlossene Türen. Sie wollten mit Gewalt eindringen, aber Schüsse aus dem Innern des Hauses hinderten sie daran. Erst als Karabinier erschienen, fand der Kampf sein Ende.

Während des Kampfes sind mehrere Unbeteiligte verletzt worden. So erhielt ein 18jähriges Mädchen einen Schuß in den Unterleib.

Einer Unterschlagung von etwa 6000 Mk. hat sich der Geschäftsführer des Medizinerverbandes in Kaiserslautern, Käsefabrikant Peter Wolf schuldig gemacht. Wolf, der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion als Mitglied angehörte, und bei der Bürgerchaft allgemeines Vertrauen genoss, ist seit einigen Tagen flüchtig; er wird jetzt von der Staatsanwaltschaft festgenommen. Oberflüchtige Revisionen als Folge der allzugroben Vertrauenswürdigkeit haben die Veruntreuungen ermöglicht. Die rechtsliberale „Pfälzische Presse“ bemüht diesen Vorfall zu niederträchtigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, sie beschuldigt die Affäre in schlimmer Weise auf und bringt die Veruntreuung mit einem Diebstahl, der vor einigen Jahren bei der gleichen Kaffe gerübt wurde, in Verbindung. Der Dieb wurde damals nicht ermittelt. Wolf hat jedoch zur Zeit jenes Diebstahls noch nichts mit den Verwaltungsgeschäften des Verbandes zu tun gehabt; er wurde erst später zu dem Amte des Geschäftsführers berufen, das er im Nebenamt ausübte.

Es ist mehr als grober Unfug, wenn solche Verfehlungen Einzelner von den Gegnern politischer Parteien als Delikt der Partei angesehen werden. Sie sehen die Splitter im Auge der andern und werden die Balken im eigenen Auge nicht gewahrt; es wäre ein Leichtes, jedem einzelnen sozialdemokratischen Sünder zehn aus den Reichen derer entgegenzusetzen, die jetzt vor moralischer Entwürdigung überfließen.

Unterschlagungen aus Frömmigkeit. Der Londoner Direktor Finch der New Yorker Kupferfirma Phelps Dodge and Co. hat sich vor Gericht zu verantworten unter der Anklage, 520.000 Mark Geschäftsgelder unterschlagen zu haben. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Finch spekulierte, um Geld für eine von ihm geleitete Mission zu bekommen, das er persönllich darbot und Rechte lang betete der Markt mögliche sich zu seinen Gunsten wenden. Selbst die Firma glaubte den Angaben des Angeklagten und empfahl ihn der Milde der Richter. Das Urteil lautete auf 12 Monate Gefängnis.

Ein Jugendverderber. Von der Strafammer des Magdeburger Landgerichts wurde der Hauptlehrer und Kantor Steinhmann aus Hedersdorf, jetzt zu Bernerode a. S. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte in den Jahren von 1906 bis 1909 ein unbescholtenes, noch nicht 16 Jahre altes Mädchen verführt und ein anders Mädchen tätlich beleidigt. Sogar in der Zeichenschule hatte der Angeklagte sein Unwesen getrieben.

Das Erbbeden in Sarschan. Die Ederkittungen in Südnord haben mehr Opfer geordert, als bisher voranzutreten war. Aus Wrozie wird berichtet, daß durch das Erbbeden über tausend Menschen getötet worden sind. Die Anzahl der Ermordeten ist unbekannt. Der Materialschaden ist ganz gewaltig. Ueberall rücken Handel und Verkehr. Eine anfallend hohe Anzahl von Personen ist durch den durchläubten Schred gestetigt geworden. Am ganzen Gebiet lassen sich zahllose Todesurteilungen beobachten.

Zimmer noch mehr Polizei! Der Schutz durch Hauptleute scheint den obersten unserer Ordnungsdienstleistungen nicht weit genug zu gehen, denn der preussische Staatshausjäger hat beantragt, bei der Breslauer Polizeiverwaltung einen Bureauassistenten, sechs Schutzmänner und zwei Kriminalschutzmänner neu anzuustellen. Es gibt selbstverständlich keine dringendere Aufgabe, als die Polizei zu vermehren, die jetzt schon Millionen kostet. Aus dem Stadtgebiet allein müssen wir jährlich eine Million Mark hingeben, wofür in der Gemeinde gewiß viel nützliche und segensreiche Dinge geschaffen werden könnten. Aber die Polizei wird ja heute von den herrschenden Gewalten mehr als sonst begünstigt und gepflegt; man braucht sie besonders gegen den inneren Feind, was die Straßendemonstrationen und Moabit recht deutlich gezeigt haben.

Es bleibt beim alten! Die Mißstände im zahnärztlichen Institut auf dem Burgfeld haben bekanntlich in der ersten Hälfte des Dezember 1910 zu einem neunwöchigen Streik der Studenten geführt. Ueberall war man sich einig darüber, daß eine gründliche Besserung der Zustände so bald als möglich kommen muß, und in Berlin ist das auch den Delegierten der Streikenden versprochen worden, worauf sie die Arbeit wieder aufnehmen. Im preussischen Etat für 1911 sieht man aber ganze 9000 Mark vorgehalten, wofür Mobiliar angeschafft und die Instrumente ergänzt und erneuert werden sollen. Wo an dem größten Mißstände, bei völlig unzureichenden Räumen, wird zunächst gar nichts geändert. Ja, Kulturentwicklungen sollen!

Soldaten als Arbeiter im Zirkus Busch. Es wird schon berichtet, daß im Zirkusgelände auf dem Linsenplatz wo jetzt alles auf die Ankunft des Zirkus am Sonnabend vorbereitet wird, auch vier Soldaten unter Aufsicht eines Unteroffiziers beschäftigt werden. Es sind Bauhilfsarbeiten, die sie verrichten, Balken tragen, Schutt nach dem Foren stößen usw. Arbeitslose Bauarbeiter, die heute Vormittag wegen Arbeit verweigern wollten, konnten nur auf einem Platanen der Kasse stehen, das alle Stellen besetzt und Nachfragen verbieten sind. Selbstverständlich, wenn Soldaten angefordert werden, können die freien Arbeiter weiter spazieren gehen und hungern. Wir meinen aber, daß es richtiger wäre, die Steuerzahler zu beschäftigen, zumal im Winter, wo die Bauarbeiter zu hundertern fressen müssen.

Gefährliche Straßenglätte. Von einem Droschkenführer wird uns geschrieben: Im Interesse unseres Berufes erlaube ich mir ein paar Zeilen an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Zeit der Jahreszeit verschafft uns oft geradezu ungemein gefährliche Straßenglätte. Meistens ist am Tage nasse Witterung, die Straßen sind recht unschuldig; Abends und Nachts frieren es dann, Nebel und Reif setzen sich an und es entsteht eine Glätte, die für Menschen und Vieh sehr gefährlich wird. Was dagegen getan wird, ist so gut wie nichts; besonders die Stadtverwaltung lüftet sich. Den zuständigen Beamten empfehle ich, nur eine Nacht hindurch auf dem Boden zu sein und sich die Qualitäten auf den Straßen mit anzusehen. Wir haben Verkehrsvereine, die sich am Tage für die Tiere bemühen; aber sie müßten ihre Aufmerksamkeit auch den Vorwärtigen der Nacht zuwenden, wenn Regen, Schnee und Kälte die Straßen spiegelglatt machen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag waren alle Straßen, Plätze und Plätze für die Droschken eine große Gefahr und fast nicht passierbar; sie glitten einem großen Eisener, auf dem der Droschkenführer sein Brot verdienen muß. Wir sind nicht an Wind und Wetter und alle Unbilben der Witterung bei Tag und Nacht gewöhnt, aber wir können wohl verlangen, daß man uns die Ausübung unseres Berufes nicht gar zu sehr erschwert. Ja, ja, das ist natürlich. Es ist notwendig, daß es die Hälfte aller Droschkenführer bei der Glätte vorzieht, die Straßen zu verlassen und nach Hause zu fahren, um nicht das Pferd zu verlieren. Erst vor einigen Tagen ist einem armen Droschkenführer das Pferd gestohlen und es mußte abgehauen werden. Wir Droschkenführer und Fahrer haben viel Beschwerden der Stadt und der Polizei gegenüber; wir verlangen darum unter Recht, daß man auch auf uns Rücksicht nimmt und die glatten Straßen Bäume und Büsche so abrupft, wie es sich gehört, um Schaden an Leib und Leben von Menschen und Vieh zu verhüten.

Im Gefängnis vergiftet. Dem am Mittwoch vom Schwurgericht wegen Mordes an zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Fabrikarbeiterin Auguste Kluge hat sich noch der Verhängung, die um 9 Uhr Abends beendet war, im Untersuchungsgefängnis mit Salzsäure, die sie jedenfalls schon bei sich trug, vergiftet. Der Vorfall ist durch die Gerichtsbarkeit gegenüber noch ein offenes Geheimnis abgeblieben.

Zu dramatischen Auftritten kam es heute hier vor Beginn der Verhandlung im Schwurgerichtssaal. Der galizische Arbeiter Paul Strausz trat plötzlich an, sich zu erkundigen und am eisernen Gitter heranzukommen, das ihn vom Staatsanwalt trennt. Er mußte gehindert werden, beruhigte sich aber selbst nach stühlichem Vorleben nicht, so daß die Verhandlung auf eine halbe Stunde angehalten werden mußte.

Breslauer Orchesterverein. (7. Abonnementskonzert.) Am Mittwoch bot man den nicht gerade übermäßig zahlreicheren Hören ein seltsames Programm: Außer der Sinfonie „Harold in Italien“ von Hector Berlioz und der Tanzbüchse „Overtüre von Wagner gab es drei Nocturnen, über — richtig, er sagt — Erstaufführungen. Die Sinfonie des Beethoven von 1812 sind nur neu für Orchester instrumentiert und wurden in dieser Form durch den Kammerführer Felix Senz als zum ersten Male in Breslau gesungen. Sie erwiesen sich als vorzüglich orchestriert, wenn auch nicht gerade sehr dankbar im Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sich dem Sänger gegenüberstellten. Noch schwieriger und undankbarer ist die Arie aus „L'ensant prodige“ von Debussy, dessen raffinierte Orchesterbegleitung Bewunderung abnötigte. Herr Senz erledigte sich seiner Aufgaben mit seinem Geschick, dürfte aber als Pionier für so geartete Musikstücke kaum viel Gegendliche finden. Den höchsten Grad des Raffinements erreicht wohl Ravel (geb. 1875) als Autor einer kurzen vierstimmigen „panischen Rhapsodie“, die aber ziemlich an der Oberfläche bleibt. Man kommt beim Anhören dieses Stückes nicht aus dem Staunen über die schier unerschöpflichen Klangkombinationen heraus. Dem Beifall, der sich auf die durch Herrn Prof. Dr. Dohren bewirkte Einleitung des Werkes bezog, folgte sich kräftiges Zischen entgegen. — Die Sinfonie von Beethoven, welche Auserwählte an den Anfang des Programms gesetzt war, erzielte dank der ausgezeichneten Wiedergabe den gewohnten äußeren Erfolg. S. W.

Vorstellung des Gomboldtheaters. Als Vorbereitung für die Winternächte wird Freitag, den 20. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater Volksopernhaus „Vorberbaum und Vetterlein“ gegeben. Am 21. Januar Abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater Volksopernhaus, die Gomboldtheaterstücke „Die Gomboldtheaterstücke“ von Herrn Eugen O. Ferber, VII, Südwallstraße 60, ist zu hören, bei welchem Donnerstag, den 19. d. M., Vormittag 10-11 Uhr, die Aufnahme der angeregten Korrespondenzen wird.

Bezeichnete Theater. — Stadt-Theater. Donnerstags gelangt „Hühnerstreich“ mit den Herren Tröschel, Döpp, Witzel, Schauer, den Damen von Florentin, Weber, Behring, Mac Greg, Wölter, Neiß, Scherwinsky, Kemp zur Aufführung. Dirigent: Herr Müller. (Anfang 7 Uhr.) Freitag geht das Schauspiel „Alibi“ in Szene. Sonnabend, den 20. d. M., Abends 7 1/2 Uhr.

Das Theater. Donnerstags gelangt die Operette „Der Graf von Luxemburg“ zur Aufführung. Als Anspiel wird „Käuflein Braun“ vom Neuen Operntheater in Hamburg und als Zwischenstück vom Stadttheater in Karlsruhe aufgeführt. Freitag und Sonnabend finden Wiederholungen der erfolgreichen Operette „Das Musikantenmännchen“ statt. Thalia-Theater. Donnerstags wird als fünfte Vorstellung der lauten Reihe das Schauspiel „Das Glöckchen im Walde“ von Sudermann für Gruppe E, Sonnabend für Gruppe F gegeben. Der Auktionsverkauf von 10-12 Uhr im Stadttheater und an der Abendkasse.

Schauspielhaus. Gute Donnerstag geht mit Herrn Geyer in der Partie „Die durch außerordentlichen Verlauf ausgezeichnete Operette „Sankt des Kreditspieler“ von Ganne um 14. Male in Szene. Freitag wird „Quo vadis?“ wiederholt. Sonnabend findet die Premiere der Operette „Krieg und Liebe“ von Heinrich Perls statt. Die Novität, deren musikalischer Teil von Kapellmeister Stalla geleitet wird, wird am Sonntag wiederholt.

An die Teilnehmer des Graf-Kurses. Diejenigen Teilnehmer des ersten Graf-Kurses, welche am Freitag (12. d. M.) bei der Vorstellung (800-1200), merkt man so, daß am Sonntag vor dem Saale einen Freitag ausgehängt erhalten und wollen sich vor Eintritt ins Saal an dem beizureichen Tische melden. Dort werden auch die Dankschreiben entgegengenommen. Ferner hat ein Teil der ersten 800 Teilnehmer es unterlassen, die Fragebogen zurückzulassen. Auch die werden erlucht, das am nächsten Freitag nachzubringen.

Achtung, Delegierte des Gewerkschaftsvereins! Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, Kartellkammer. Tagesordnung: 1. Die verschiedenen Probleme der Arbeitslosenversicherung. Referent: Genosse Seibold. 2. Bericht vom Jugendheim und Berghof.

Achtung, Delegierte der Holzmaschinenarbeiter! Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5, Verlammlung. Tagesordnung: In welcher Weise soll die Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden? Ferner werden alle Holzmaschinenarbeiter erlucht, die ausgegebenen Fragebogen, die zur Sammlung von Material für die Hygiene-Ausstellung abgegeben werden, gewissenhaft auszufüllen und bis Sonnabend, den 14. d. M., an die Delegierten abzuliefern.

Achtung, Drechsler! Sonntag, den 15. Januar, Vormittag 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Forderungsbewegung der Bau- und Möbelindustrie. Neuwahl der Sektionsleitung.

Treppebauer und Geländemacher. Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 5, Versammlung. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht. Die Sektionsleitung.

Achtung, Böttcher! Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Jahresversammlung im Zimmer 2/3 des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung des Böttcher-Vereins. 2. Abrechnung des Vorstandes über das 4. Vierteljahr 1910 und Jahresbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 4. Freie Aussprache.

Seizungsmonitore und Helfer. Sonntag, den 15. d. M., 10 Uhr im Lokal zum „Weiden Schwan“, Kupferkieserstr. 23: Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unterer Tarifbewegung. 2. Wandlungsangelegenheiten und Wahlen.

Tapezierer-Verband. Heute, Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses. Zehnjähriger Besuch ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bauarbeiter! Sonntag, den 15. Januar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5, Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berufsangelegenheiten. Es wird das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Über 2000 Mark abhanden gekommen. In der Nacht zu Mittwoch und einem Herrn in einem Cafe am Schweidnitzer Stadtgarten zwei Leinwandstücke und mehrere kleinere Reichsbanknoten abhanden gekommen; ob sie ihm gestohlen oder verloren gegangen sind, ist noch nicht festgestellt.

Ein Rentierstier für 20.000 Mark abhanden gekommen ist vor mehreren Tagen in Berlin. Das Vieh bestand aus fünf prächtigen weiblichen Tieren, die die Mitte bilden, und obendrein einen kleineren weiblichen Tierchen nach den beiden Enten. Auf die Wiedermalung des Halsbandes, das in Paris an untergebracht sein soll ist eine Belohnung von 500 Mark angesetzt.

Wegen Verbrechens gegen das feindliche Leben ist heute die 31. Jahre alte Massena's Ehefrau, geb. Kolbe, von hier, Delinzentin Nr. 1, verhaftet worden. Am 10. d. M. nach hier, wo gemeldet wird, nach kurzem Krankenlager die in blühendstem Alter stehende Frau eines hiesigen Geschäftsinhabers an den Folgen eines solchen Ereignisses. Die Beobachtungen der Kriminalpolizei sollen ergeben haben, daß die Verstorbenen wenige Tage vor ihrem Tode die Wohnung der Ehefrau aufsucht hatte. Durch den Tod der Frau sah sich die Kriminalpolizei veranlaßt, die Ehefrau zu verhaften. In diesem Vorfall erfahren wir noch, daß es sich um die Ehefrau Anna des Reichswalders Tesche, Teichstraße 27 handelt, die am Dienstag Vormittag, wie es in dem Hause hieß, an Bauchschmerzen erkrankt und am Freitag verschied. Sie war 37 Jahre alt und wurde von der Staatsanwaltschaft beschuldigt und nach dem Verbrechen zur Erition überführt worden. Frau Tesche erkrankte sich vor dem Verbrechen und hatte bereits zwei Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren.

Freie Diebin. Eine unbekante Frau hat am 13. d. M., auf der Höhe ein achtjähriges Schulmädchen, das vier Paar untere Stoffhosen trug, in das Haus Nr. 43 geführt und dort dem Kinde den Auftrag erteilt, ein Portemonnaie, angeblich mit Geld, das in der Tasche aber leer war, in eine Wohnung in einem oberen Stockwerk zu tragen. Als das Mädchen sich in Erinnerung von den Eltern erhaltener Warnung weigerte, erwiderte die Frau die Kirche das Kind und nötigte es unter Bedrohung, mit dem Portemonnaie noch oben zu gehen. Als das Kind zurückkehrte, war die Schneiderin, die etwa 150-160 Mark trug und eine gelbe Trägerschürze trug, mit dem Portemonnaie verschwunden.

Der Quintanz-Schwätzer, der wie berichtet, einer hiesigen hier zu eine reichliche Dichtung, angeblich von der hiesigen Stadtlichen Feuerwehr-Societät ausgestellt, aufschwand, hat es vermocht, die in Bezug bisher noch dreimal zu wiederholen, zumal bei anderen Ehrentagen, und einmal bei einer Premierentage.

Die Diebstähle aus Kurgewartezimmer werden fortgesetzt. Am Sonntag, den 15. d. M., von dem ich heute holt berichtet worden ist, hat am 7. d. M., aus dem Wartezimmer eines Arztes auf der Langenstraße ein Winterüberzieher gestohlen. Es sei vor ihm nochmals gewarnt.

Kolportierstuhl. In den letzten Tagen ist von einem Kolportierer ein Koffer abgehoben worden, in dem verschiedene Kleidungsstücke und andere Kleingegenstände sich befanden.

Musikinstrumente-entdiebstahl. In den letzten Tagen sind in Leipzig zwei Violinen und zwei Klarinetten gestohlen worden, die zusammen einen Wert von 1000 Mark haben. Die Instrumente sollen nach Breslau gelangt sein.

Geübten wurden ein Du demonstrator, zwei Portemonnaie mit Inhalt, ein Handtäschchen mit Inhalt, zwei goldene Trankinge, eine Frottee- und ein Kindertragen.

trumpfspreche nach der Komfahrt des Kardinals Fischer, „Mittung Köln“, verbreitet wurden, folgende recht seltsame Mitteilungen: „Man sei sich in den Kreisen des katholischen Volksvereins und in der Gladbacher Centrale darüber nicht im Zweifel, daß die Tuldung der interkonfessionellen Verbände von Rom nur eine provisorische Konzession sei. Man wisse, daß eine Enzyklika gegen die Gewerkschaften schon auf dem Schreibtische des Papstes gelegen habe; bisher habe nur erreichen können, daß diese Enzyklika für 1 1/2 Jahre in einem Schubfach zur Ruhe gekommen sei. Schon ehe Peter Schabn mit besonderen Aufträgen des Herrn v. Bethmann-Hollweg im Besitze des Kölner Kardinals nach Rom gefahren sei, habe der preussische Botschafter beim heiligen Stuhl die deutsche Meinung des Reichstanzlers zum Ausdruck gebracht, daß eine Auflösung des Volksvereins und ein Verbot der Gewerkschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Zerstückung des einzigen Schutzwalls gegen die rote Flut bedeute und die nächsten Reichstagswahlen zur Katastrophe werden ließe. Es sei das Wunderbare geschehen, daß die Kurie des 10. März zum ersten Mal von der rückstehenden Durchführung des starren Prinzips abgesehen und dem Tagesinteresse Rechnung getragen hätte.“

Eigreiche Landtagswahl. Heilbronn, 12. Januar. Die Landtagswahl im Heilbronn-Land hat mit einem Siege des Sozialdemokraten im ersten Wahlgange geendet. Dieser erhielt 2022 Stimmen, Fischer (Volkspartei) 1883, Haag (Bünder) 1024 und Gröber (Zentrum) 544 Stimmen.

Grubenarbeitersaustand. Essen a. d. Ruhr, 12. Januar. Die ungefähr 700 Mann starke Belegschaft der westfälischen Ergrube Siegena und Zeila bei Negeen haben, nachdem ihre Forderungen nach einer dreizehnpromentigen Lohnsteigerung abgelehnt wurden, beschlossen, ihr den Ausstand zu treten.

Generalstreik der portugiesischen Eisenbahner. Madrid, 12. Januar. Der Minister des Innern teilte mit, daß die portugiesischen Eisenbahner den Generalstreik erklärt haben. Verschiedene spanische Eisenbahnlinien seien an der portugiesischen Grenze aufgetan worden. Die Regierung telegraphiert an die Gouverneure in den Grenzprovinzen, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um einen Durchbruch der portugiesischen Eisenbahnverbände auf die spanischen Eisenbahnen zu verhindern und empfaßt ihnen, alles anzubieten, um die Ausdehnung des Generalstreiks auf spanisches Gebiet zu verhüten.

Lissabon, 12. Januar. Vor dem Ministerium des Innern, in dem sich gestern die Minister versammelten, hatten sich gestern Nachmittag große Gruppen von Personen angeammelt, um gegen den Ausstand der Eisenbahnangehörigen, der, wie man glaubt, aus dem Grunde „angezettelt“ worden ist, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, Kundgebungen zu veranstalten. Für die Beförderung der Postkassen sind Automobile herangezogen worden.

Paris, 12. Januar. „Matin“ berichtet aus Lissabon: Der Verwaltungsrat der Eisenbahngesellschaften hat die Bewegung der Eisenbahner in Gegenwart der Delegierten der Aufständischen erklärt. Es wurde ein gemischter Ausschuss eingesetzt, welcher heute seine Einigungsversuche unterzogen wird. Die Regierung bemüht sich, ihrerseits den Konflikt beizulegen.

Lissabon, 12. Januar. Die Ausstandsbewegung macht weitere Fortschritte. Immer mehr sind auch die Postbeamten in die Bewegung eingetreten. Der Postverkehr kann nur noch mittels Automobile aufrecht erhalten werden.

Ein neues Erdbeben! Petersburg, 12. Januar. In Zentralasien fand ein zweites Erdbeben statt, das nur um einen Grad gerader als das erste Erdbeben war und das wiederum eine große Anzahl Toter und Verwundeter forderte. Die genaue Zahl der Opfer steht noch nicht fest. In Bernie ist kein Haus unbeschädigt geblieben. Während des Erdbebens trat das Flüsschen Umaly, an welchem das Städtchen Bernie liegt, aus den Ufern. Im Gebirge verschwand durch das Erdbeben der Schnee von den Bergen, die im Augenblicke schwarz wurden. Im Gebirge ist die Zahl der Opfer besonders groß. Wie verlautet, sind durch das Erdbeben die Petro-umquenden bei Rarum und die Steinkohlgewerbetriebe bei Kudschka, die Ausstände geschlossen, in Brand geraten.

Erhängt. Petersburg, 12. Januar. Der Hauptkonfervenlieferant des Kriegs- und Marineministeriums in Moskau, Herr Valentin, hat sich beim Verlassen der Revision seiner Konfervenlieferungen erhängt. Es wurde festgestellt, daß die von Valentin gelieferten Konferven schon seit vielen Jahren total verdorben waren und unter dem Militärjubiläum Eitranzosen hervorriefen. Die Revision wird abermals ein „Panama“ aufdecken, bei dem viele Beamte der beteiligten Revision schwer kompromittiert sind.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 12. Januar:
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 1/2 Uhr im Zimmer 1.
Trochinn Versammlung im Zimmer 1.
Zwölftelger Anfänger-Kurs. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 2. Am 12. d. M. von 7 1/2 Uhr ab.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.
Steinarbeiter. Versammlung Abends 7 Uhr im Billardzimmer.
Freitag, den 13. Januar:
Vortrag-Kursus im großen Saal.
Sonnabend, den 14. Januar:
Fabrikarbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 1.
Bauarbeiter. Versammlung im Zimmer 1.
Lehrerarbeiten. Zimmer 2.
Barbeiter. Versammlung im Zimmer 3.
Polgarbeiter. Maschinenarbeiter-Delegierte im Zimmer 6.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Saub-Distrikt 7 (Bezirk Gaudau, Rosel und Bilsch). Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr: Jahrestag und Rahmenkonzert in Hofe bei Mühlh. Jeder erkrankte Saub-Distrikt 16 (Bezirk Stadelschloß, Gerrosbroich, Marischow). Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Weidner. Abrechnung der Mitglieder und Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden.
Saub-Distrikt 16 (Bezirk 4). Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 Uhr, Kugelabend bei Weidner in Weidner.
Saub-Distrikt 18 (Bezirk Reichen und Klein-Geibitz). Sonnabend, den 14. Januar, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung und Kugelabend bei Koneffo. Frauen sind eingeladen. Wichtige Tagesordnung.

Neueste Nachrichten.

Böhmische Märschen?

Berlin, 12. Januar. „Das Neue Jahrhundert“, das Organ der Reformatholiken, bringt im Anschluß an Auserwählungen, die von dem Leiter der Zentralschulinspektoren für die Zentralschulen nach der Komfahrt des Kardinals Fischer, „Mittung Köln“, verbreitet wurden, folgende recht seltsame Mitteilungen: „Man sei sich in den Kreisen des katholischen Volksvereins und in der Gladbacher Centrale darüber nicht im Zweifel, daß die Tuldung der interkonfessionellen Verbände von Rom nur eine provisorische Konzession sei. Man wisse, daß eine Enzyklika gegen die Gewerkschaften schon auf dem Schreibtische des Papstes gelegen habe; bisher habe nur erreichen können, daß diese Enzyklika für 1 1/2 Jahre in einem Schubfach zur Ruhe gekommen sei. Schon ehe Peter Schabn mit besonderen Aufträgen des Herrn v. Bethmann-Hollweg im Besitze des Kölner Kardinals nach Rom gefahren sei, habe der preussische Botschafter beim heiligen Stuhl die deutsche Meinung des Reichstanzlers zum Ausdruck gebracht, daß eine Auflösung des Volksvereins und ein Verbot der Gewerkschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Zerstückung des einzigen Schutzwalls gegen die rote Flut bedeute und die nächsten Reichstagswahlen zur Katastrophe werden ließe. Es sei das Wunderbare geschehen, daß die Kurie des 10. März zum ersten Mal von der rückstehenden Durchführung des starren Prinzips abgesehen und dem Tagesinteresse Rechnung getragen hätte.“

B. Burra, Preisverleihung 87, ...

Erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

10% Rabatt, ohne Ueberzahlung ...

Abzahlungsgeschäfte ...

Alkoholfreie Getränke ...

Bilz-Sinalco ...

Bäckereien und Konditoreien ...

Berater, Friedr. ...

Fische u. Delikatessen ...

Fleischereien u. Wurstfabriken ...

Badeanstalten ...

Bandagisten ...

Berufskleidung ...

Brauerei ...

Brot, Union-Franzosen ...

Chemikalien ...

Hopf & Gärthe ...

Ripke, C., Brauerei ...

Schiffbau ...

Damen-Konfektion ...

Drucken und Farben ...

Fahrräder ...

Gänge, Max ...

Kühn, R. ...

Swienty, Jos. ...

Färberei u. Wäscherei ...

Kelling, W. ...

Porren, W. & Co. ...

Riedel, M. ...

Garten- u. Teppiche ...

Blattschmuck ...

Zeppich-Brann ...

Galanterie- u. Spielwaren ...

Gebr. J. Benjamin ...

Grabdenkmäler ...

Grammophon- u. Rechenmaschinen ...

Kayler, Felix ...

Haus- u. Küchengeräte ...

Haus- u. Porzellanhandlg. ...

Über. Albert ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Wasser, Hermann ...

Hygienische Artikel ...

Kaffee, Tee ...

Gewaltig, Heinrich ...

Kinematographen ...

Kleider- u. S. Seidenwaren ...

Kohlens. u. Zigaretten ...

Kolonialwaren ...

Konfekt- u. Schokolade ...

Klingenberg, W. H. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Kuase, W. ...

Möbel-Magazine ...

Riedel, Ed., Möbelhaus ...

Nähmaschinen ...

Musik-Instrumente ...

Optiker ...

Papier- u. Schreibwaren ...

Pelzwaren ...

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe ...

Photographische Ateliers ...

Photographische Bedarfsartikel ...

Resthandlungen ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Restaurants ...

Putz, Modes ...

Clehon, Rich. ...

Hossfischerei u. Wurstfabrik ...

Sergamazine ...

Schirme, Stöcke ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Schneiderei-Artikel ...

Frauen ...

Frauen ...

Frauen ...

Frauen ...

2. Beilage zu Nr. 11 der „Volkswacht“

Freitag, den 13. Januar 1911.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung Mittwoch, den 11. Januar 1911, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichsfinanzsekretär Wermuth.
Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken des gestern verstorbenen Abg. Köhler (Ant.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der freizügigen Interpellation betr.

Aufhebung der Hundsteuersteuer.

Abg. Schöppin (Soz.): Herr Rahn konstatierte gestern, daß außer der Sozialdemokratie alle Parteien schuld seien an dem Zustandekommen der es Gesetze. Dafür sei bedankt, mein lieber Rahn! (Heiterkeit.) Als ich gestern sah, wie einer dem anderen die Schuld an dem Zustandekommen dieses Kindes zuschieben suchte, da sagt ich mir: Keine Familie das! So viele Väter und Mütter, die es gewesen sein. Der seltsame Witz scheint die Situation vorausgesehen zu haben, als er schrieb: „Vater werden ist nicht schwer. Da er sein dagegen sehr.“ (Heiterkeit.) Alle Redner außer Herr v. Eubers verurteilten gestern die Hundsteuersteuer als beschönigen. Der Staatssekretär hat sogar davon gesprochen, daß durch sie die Gefahr der Feuerbrände gemindert werde. Es sah gerade so aus, als ob mit diesem Gesetz eine verdienstvolle Tat vollbracht worden wäre. Bei seiner Einführung machte man geltend, der Rückgang des Konsums werde bald wieder verschwinden. Man sagte das vor allem deshalb, um einen Antrag auf Entschädigung der Hundsteuerverbraucher abzulehnen. Hierfür trägt das die Hauptschuld. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär macht auch die Verbesserung der Produktionsbedingungen verantwortlich. Aber das Gesetz beschließt jetzt 1/4 Jahre und man wird dann niemand glauben machen wollen, daß die Maßnahme der Hundsteuerverbraucher sich für eine solche Zeit verschulden können. Das Gesetz hat großes Glück über tausende von Arbeitern gebracht. Aber der Staatssekretär laßt:

Sie sind ja noch nicht verheiratet.

Auf die Rechte dieses Hauses brauche bei seinen Worten in ihr bekanntes fateses Hohnreden aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und nicht nur die Hundsteuerverbraucher, sondern auch Arbeiter anderer Industrien sind betroffen, denn die arbeitslosen Hundsteuerverbraucher müssen ja in andere Betriebe unterzukommen suchen, wodurch die Löhne gedrückt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär meinte die Fabrikanten seien mit dem Gesetz zufrieden. Er hat aber nur mit ein paar Großunternehmern verhandelt. Wie haben aus Fabrikantenkreisen Briefe erhalten, die deutlich zeigen, wie man dort über das Gesetz denkt. Die Arbeiter haben sich schon vor Monaten mit etlichen Eingaben an die Regierung gewendet, aber bis jetzt hat man:

die Arbeiter ohne Antwort gelassen.

Hört, hört! bei den Soz.) Bei landwirtschaftlichen und Flottenvereinen bezieht sich die Regierung ganz anders. (Sehr wahr! bei den Soz.) Graf Oppersdorf hat sich am 1. September herbeigekümmert, in Habelschwerdt in einer Volkerversammlung zu reden. Dort ist die Wut gegen das Zentrum ganz außerordentlich gewesen, und deshalb suchte Graf Oppersdorf die Schuld zunächst auf die Nationalliberalen abzuwälzen. Da er damit kein erfolgreiches Eindringen machte, schlug er zum Schluß die Kulturkampfpunkte. Das tut das Zentrum ja immer, wenn es sich gegen das Volk schwer verständigt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch die Schweidnitzer Handelskammer

befähigt die schlimme Wirkung der Hundsteuerverbraucher. Redner schildert das Gelo, das in Habelschwerdt unter den Hundsteuerverbrauchern angebrochen ist. Eine Fabrik, die früher 420 Arbeiter beschäftigte, hat den Arbeiterstand auf 27 reduzieren müssen. Und so ist es überall. Die Arbeiter leben nur noch von Kartoffeln, Brot und Karottensuppe. Oftmals kommt einmal Verdesseich auf den Tisch. Selbst die christlichen Gewerkschaften haben sich in einem Flugblatt an die Arbeiter gewendet und betont, daß es nicht so weiter gehen könne. Aber Flug erklärte der Abgeordnete Fleischer in seinem Munde, das sei nur ein Vorwand zum Klassenkampf, und der christliche Gewerkschaften hies in die gleiche Reihe gegen die christlichen Gewerkschaften.

Wir Sozialdemokraten verlangen die

Anhebung der Hundsteuersteuer.

(Zust. bei den Soz.) Meine Freunde haben in der Reichsversammlung auch Wachstumskommissionen einen entsprechenden Antrag gestellt. Er ist dort leider abgelehnt worden, und Sie haben damit bekannt, daß Sie die Steuer heidholten wollen. Auch der Staatssekretär meint, er hat davon 15 Millionen, und die will er behalten. Er warnte vor der Abschaffung als einem verhängnisvollen Experiment. Warum soll das Experimentieren denn jetzt auf einmal verhängnisvoll sein? Warum war es das nicht bei der Einführung der Steuer? Die Aufhebung ist ja kein Experiment, sondern nur die Wiederherstellung des alten Zustandes. Der Staatssekretär ist auch unachseln, daß gerade gegen dieses Gesetz so stark gehetzt werde. Er hat eben eine große Vorliebe für indirekte Steuern, namentlich für solche, bei denen das Volk nicht so leicht merkt, was es bezahlt. Wir aber verlangen direkte Steuern, damit jeder weiß, was er zu zahlen hat.

Der Staatssekretär hielt nun eine sehr schöne Rede über die

Erziehung zur Sparsamkeit.

Das beweist, daß er sich nicht sehr wohl fühlt. Sein Vorgänger, Herr Stenael, gab uns denselben Rat bei der Finanzreform 1906, er sagte: Hier braucht man nicht zu trinken, der Bier- und Tabaksteuer könnte sich jeder enthalten. Wenn das deutsche Volk alle herkömmlichen guten Ratschläge befolgen möchte, so wäre es schon verunglückt. Denn in Deutschland sind alle Nahrungsmittel und Genussmittel mit Steuern belegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich würde dann aber auch nichts bekommen, weil sein Etat nur auf die indirekten Steuern aufbaut ist.

Ich konnte aus der geistigen Rede des Staatssekretärs nicht heraushören, ob es eine wirkliche entscheidende Ablehnung war. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so ist bei unserer Regierung nicht alles viel daraus zu geben. Ich erinnere nur an das Wort des Fürsten Bülow: Ohne Erbschaftsteuer wird die Finanzreform nicht gemacht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Nationalliberalen bezeichnen das Gesetz als ein Beispiel für die leichtfertige Gesetzgebung des schwarz-blauen Blocks. Aber trotzdem war Herr Dehmann nicht bereit, das Gesetz anzunehmen. Die Nationalliberalen waren zuerst bereit, die Steuern zu bewilligen, dann waren sie wieder ein bißchen dagegen und nannten es ein leichtfertiges Gesetz, das den Betrieb ruinieren. Aber das Gesetz aufheben? Volt bewachte! Das alles ist

echt nationalliberal.

Ich richte an Sie den Appell im Interesse der Tausende schwer geschädigter Arbeiter, im Interesse der schwer geschädigten Industrie für die Aufhebung der Hundsteuersteuer einzutreten. Mit diesen Steuererhöhungen, die sich als viel gefährlicher noch herausstellen werden, als man vorher ahnen konnte, werden wir bei den Wahlen gründlich abrechnen. Sie reden viel über nationale Aufgaben, jetzt aber ist es die größte nationale Aufgabe, den schwarz-blauen Block zu zerbrechen und mit den Rechten, die solche Gesetze machen oder Beihilfe dazu leisten haben, anzukämpfen, schärfster, schärfster Kampf gegen eine Regierung, die solche Gesetze beschließt. (Sehr! Bravo! bei den Soz.)

Abg. Freyerr. v. Camp (Np.):

Wir sind keine Bewunderer der Hundsteuersteuer und bitten andere Steuern heranzuziehen. Die Herren von der Linken entsagen aber der Mittelmäßigkeit. Nachdem wir die an sich gewiß nicht

direkte Hundsteuersteuer einmal haben, können wir sie nicht ohne weiteres abschaffen. Die schlimmste Zeit, die des Übergangs, ist ja außerdem vorüber. Herr Schöppin hat zu sehr verallgemeinert, wenn auch gewiß an vielen Orten die Steuer — als bedenklich empfunden werden mag. In notwendigen Korrekturen der Steuer sind wir im Interesse der Industrie bereit. Wir haben auch genug soziales Empfinden, um der Frage der Entschädigung nicht durchaus ablehnend gegenüber zu stehen.

Abg. Kullersick (Folk): Die Kollage der Hundsteuerindustrie ist nicht befriedigend, eine Entschädigung der Arbeiter halten wir für geboten; am besten wäre es, die Steuer aufzugeben.

Abg. Laumann (Np.):

Die Interpellation ist wohl etwas Wahlmacht. Sonst hätte der Interpellant die Ereignisse erfrischer behandeln müssen. Die Unannehmlichkeit und Schwierigkeiten in der Hundsteuerindustrie rühren weniger ausschließlich von der Steuer her. Der Entschädigungsfrage werden wir vielleicht näher treten müssen, vorher aber muß über den Umfang und die Deckung der Entschädigung Klarheit geschaffen werden. Dagegen ist, daß die Steuer mehr als alle anderen Entlastungen im Lande hervorgerufen hat. Aber die Punkte, mindestens die Nationalliberalen, waren bereit, die Hundsteuer zu bewilligen, falls die Erbschaftsteuer bewilligt wäre. Man sollte diese Steuer durch die Dividendensteuer ersetzen. Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Ant.):

Man hätte die Interzessionssteuer einführen sollen, dann wäre die Hundsteuersteuer überflüssig gewesen. Nachdem die reichen Verleger nur die Interzessionssteuer herangezogen sind, sollte man an eine Abgrenzung denken. (Heiterkeit.) Mit der Aufhebung der Steuer ist es nicht getan, es muß auch Ertrag geschaff werden. (Bravo! bei der Reimpartie.)

Abg. Dr. Gecker (Fortschr. Ppt.):

Uns war es mit der Interpellation darum zu tun, vor dem Lande zu zeigen, wie eine von der konservativ-liberalen Mehrheit beschlossene Steuer eine bedenkliche Injustiz, Unterdrückung wie Arbeiter, auf das schärfste sichtbar hat. Der Gegenbeweis des Staatssekretärs hat uns an das Ausland verwiesen. Warum aber zieht man das Ausland heran, wenn es sich zum Beispiel um konstitutionelle Forderungen handelt? (Sehr ant! links.) Redner weist des meistenten die Behauptungen des Grafen Oppersdorf zurück, daß die Steuer ein Kind der Partei sei, auch bei es nicht Aufgabe der Interpellanten, Gesetzentwürfe zu machen, sondern die Herren, die die Sprache eingebracht haben, sollten sie jetzt auch ausreden. (Bravo! links.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Dehn (natl.) (verdienstlich) weist den Vorwurf zurück, daß seine Freunde für die Vorentscheidung der Steuer seien. Er habe nur gesagt, mit einer Aufhebung sei nicht zu rechnen. Hieran wird eine Reihe von Rechnungssachen debattiert er ledigt.

Bei der Rechnung für den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete

Abg. Roske (Sozialdemokrat): Der vorliegende Bericht ruft die Erinnerung an die Zeiten der allergräßlichsten Kolonialpolitik lahmert mach. (Zustimmung bei den Soz.) Recht ist es allerdings angeordnet, daß korrekter verfahren wird, und man erhält auch den Eindruck, daß die Kritik endlich einen Erfolg hat, um so unbedeutender war natürlich ihre frühere Zurückweisung.

In den Jahren 1902 und 1903 ist dem Etat in den Schutzgebieten nur sehr geringe Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wie wenig man sich darum gekümmert hat, dafür legt der Bericht der Rechnungshofes zahlreiche Beispiele dar. Eine genaue Nachprüfung ist, wie er sagt, zum Teil gar nicht mehr möglich. Quinungen sind einfach verloren gegangen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber das ist noch gar nichts! In Südwestafrika hat die Eisenbahnverwaltung ursprünglich das Regional verproviantiert, und für das 4. Quartal 1902 sind die Ausgaben hierfür im Betrage von etwa 6000 Mark zu verzeichnen nachgewiesen. Ein Verfahren gegen den Proviantmeister ist eingeleitet worden, und zivilrechtlich kann er nicht haftbar gemacht werden, weil sämtliche Belege verloren sind. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da hört sich doch alles auf. Dabei steht jetzt schon fest, daß auch in den folgenden Jahren zum Teil nicht geringere Ungehörigkeiten vorgekommen sind. Die Rechnung für 1903 bringt die Erinnerung an den früheren betagten Gouverneur von Puttkamer. Wiederholt hat er die Befehle seiner Vorgesetzten in den Wind geschlagen und die Kostenanschläge überschritten, in einem Falle um 80.000 Mark. Ich meine, es müßte hier ein Beispiel statuieren und der Beamte haftpflichtig gemacht werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gecker (natl.): An die Kolonien ist naturgemäß ein anderer Maßstab anzulegen, als an die Verhältnisse in der Heimat, aber in Geldsachen darf auch jenseits des Ozeans nicht gewußt werden. (Sehr wahr! links.) Auch ich muß das Verhalten der Regierung in Sachen des Kameruner Regierungsgedäudes rügen: ob freilich Herr v. Puttkamer regerechnung zu machen ist, das muß erst untersucht werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Solche verspätete Rechnungslegung macht das Budgetrecht des Reichstags nahezu illusorisch. Alle Parteien verlangen geordnete koloniale Rechnungslegung; aber wann wird endlich die Regierung diesem berechtigten Verlangen nachkommen?

Staatssekretär des Reichskolonialamt von Lindequist gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Rechnungslegung prompter erfolgen werde. Es sollen besondere Kommissare des Rechnungshofes in die Kolonien geschickt werden, um an Ort und Stelle die Rechnungen zu übernehmen. Redner gibt die Bestände des Gouverneurs v. Puttkamer zu, man müsse ihm aber mit der Umlage im Stande zu sein stellen. So war z. B. ein Stunungsstaat dringend notwendig.

Abg. Dove (Fortschr. Ppt.): Alle diese Beanstandungen von Rednern zeigen, wie weit wir noch davon entfernt sind, daß unserer Verwaltung die konstitutionellen staatsrechtlichen Grundzüge im Fleisch und Blut übergegangen sind. Alle unsere Absicht hier helfen nichts, wenn der Etat nicht eingehalten wird. (Sehr wahr! links.)

Die Diskussion schließt mit der Ueberweisung der Vorlage an die Rechnungs-Kommission. Debatteles wird die Uebericht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kautschou für 1909 der gleichen Kommission übergeben.

Es folgt die erste Beratung der allgemeinen Rechnungsbücher nebst Nachweisung der Staatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben für 1900.

Abg. Roske (Soz.): Der Reichstag resp. die wechselländischen Regierungskomitees tragen ein größtenteils und geschicktes Maß von Rücksicht an diesen systematischen Staatsüberschreitungen, an dieser Billigkeit, durch die dem Reiche ein Milliarden Schaden erwachsen ist. Immer ist von Sparsamkeit die Rede, aber gar nicht was sie. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Alle Sparsamkeit ist darauf hinausgegangen, daß die Schuldenlast um 1400 Millionen vermindert worden ist. Die Uebericht von 1909 läßt erkennen, daß sorgfamer wirtschaftet worden ist, als früher. Ich will das bezeugen lassen, ob es eine Folge der hier geübten Kritik ist, wahrscheinlich haben, der Dalles des Reiches und diese Kritik anammengewöhlt.

Beim unwürdigen Amt ist die Rede von Geschenken aus Anlaß von diplomatischen Belufen, also von einer Art Schmiregel. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir sind der Meinung, wenn der Kaiser Geschenke machen will, soll er das aus seiner Tasche tun. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Beim Militärstat sind die Ueberweisungen ganz außerordentlich. Die wiederholt geäußerten Ueberweisungen bei den Mandarinen sind auch wieder da. Es zeigt sich, daß bei den Pensionierungen von Mannschaften bedeutend sparsamer vorgegangen wird, als bei der der Offiziere. Wir ist mitgeteilt worden, daß den Militärsätzen eine Verhöhung verleißen worden ist, darauf zu achten, daß die Mannschaftpensionierungen nicht zu sehr steigen. Meinen Gewährsmann werde ich allerdings nicht nennen, da er sonst sicher gemahregelt würde. Gegen eine derartige Beeinflussung müssen wir umfomehr wachhalten, als die Militärverwaltung bei der Pensionierung bei den Offizieren einen durchaus nicht trügerisch ist. Ich empfinde es gerade als einen Skandal, daß die Pensionen für Offiziere für die Expeditionen Massen noch immer ansteigen. (Vehabte Zustimmung bei den Soz.)

Der Etat der Marineverwaltung zeigt derartige Ueberweisungen und Unterschreitungen, daß das Staatsrecht des Reichstags geradezu illusorisch gemacht ist. In Zukunft muß alles in allem korrekter verfahren werden. (Bravo! bei den Soz.)

Generalanwalt v. Barkmeister: Eine derartige Anweisung an die Militärärzte, wie der Abgeordnete Roske sie angedeutet hat, ist nicht erfolgt. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, seinen Gewährsmann zu nennen. (Abg. Roske: Ich werde mich hüten! Abg. rechts. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn wir kein Material bekommen, können wir der Sache nicht nachgeben. Ein Unterschied bei den Pensionierungen wird zwischen Mannschaften und Offizieren nicht gemacht.

Abg. Dr. Goerke (natl.): Sollte eine solche Verfügung ergangen sein, so würden auch wir sie nicht billigen. Im allgemeinen macht die Uebericht den Eindruck großer Sparbarkeit.

Abg. Erzberger (Zentr.): Eine ganze Reihe von Staatsüberschreitungen erscheint ganz unbegründet. Die Einhaltung des Budgets muß oberster Grundatz bei jedem Ressort sein, sonst ist an Sparsamkeit überhaupt nicht zu denken.

Reichsfinanzsekretär Wermuth: Die ökonomische Gesamtwirkung der Rechnung von 1909 ist eine günstige. Bei den Fonds für die Kreisstellennehmer sind wir streng nach dem Gesetz verfahren. (Abg. Roske (Soz.): Daß bei den

Veteranenbeihilfen

streng nach dem Gesetz verfahren wird, wie Herr Wermuth sagte, erkenne ich an. Ich habe aber das Gefühl, daß bei der Pensionierung der Offiziere nicht so streng nach dem Gesetz verfahren wird. Vielfach erfolgen Pensionierungen, um einstimmige Annahmehemnterstützung zu erzielen. Wenn die Pensionierung bei den Veteranenbeihilfen toleranter verfahren würde, so hätte ihr kein Mensch daraus seinen Vorwurf gemacht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Herrlich des Erlasses an die Ärzte betone ich, daß mir von einer Stelle, die es wissen muß, mitgeteilt wurde, daß in einzelnen Kreislägen in diesem Sinne auf die Ärzte eingewirkt worden ist. Wieviel Gewährsmann nenne ich nicht, weil er sonst sofort gemahregelt würde, auch wenn er die Wahrheit gesagt hat. (Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Seeringen: Ich betone nochmals, daß bei den Offizieren und Mannschaften in Bezug auf die Pensionenfähigkeit kein Unterschied gemacht wird. Eine solche Verfügung an die Ärzte ist vom Kriegsministerium nicht ergangen. Wenn Herr Roske behauptet, es sei von irgend einer untergeordneten Stelle ausgegangen, so bitte ich ihn diese Stelle zu nennen, damit ich feststellen kann, was daran ist. Der Gewährsmann bleibt dabei ganz außer Betracht.

Die Diskussion schließt mit der Ueberweisung der Uebericht an die Rechnungskommision. Das Haus verlegt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (2. Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

2. Sitzung. Mittwoch, den 11. Januar 1911. Präsident Frh. von Manteuffel eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sitzen.

Die neu eingetretenen Mitglieder, Generalmajor v. Wittmich und v. Gaffron und Oberjägermeister Frh. von Henke werden vereidigt. Das Haus hatte sich erhoben, auch die Tribunalbesucher mußten das auf Aufforderung des Präsidenten tun. Nach Vornahme der Wahl von 4 Mitgliedern in die Patriklaskommision wird die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 1 1/2 Uhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wie es der Reichstag mit den Arbeitern meint.

Ueber die Beratung der Hundsteuerinterpellation ließ sich die „Schles. Bl.“ aus Berlin telegraphieren:

In Reichstags wüschte der Präsident Graf Schwerin-Löwis den nur in knapper Zahl erschienenen Mitgliedern des Hauses ein glückliches neues Jahr.

Dann begrüßte unter geringer Aufmerksamkeit der wenigen Anwesenden der Abgeordnete Eubers von der fortschrittlichen Volkspartei die Interpellation betreffend die Hundsteuer.

Es wird besonders die Arbeiter in Habelschwerdt interessieren, wie gut es die großen Parteien des Reichstags mit den Arbeitern meinen. Hat sich doch auch der „Arbeiterfreund“ Graf Oppersdorf, der Abgeordnete des Kreises, gegen die Abschaffung der Hundsteuer ausgesprochen.

Der Aufmarsch der Parteien im Reichstagswahlkreis Brieg-Ramslau.

Auch in diesem Wahlkreis rüsten die einzelnen politischen Parteien zur Reichstagswahl. So hatte die konservative Partei am vergangenen Sonntag ihre Vertreter zusammen im Kreise zu einer Versammlung nach Ramslau zusammenberufen, in der auch der bekannte Dr. Nitzsche aus Breslau anwesend war. Man beschloß dort, wieder den bisherigen Abgeordneten, Amtsgerichtsrat Bernick, als Kandidaten aufzustellen. Dieser Herr, der sich zur deutsch-konservativen Fraktion zählt, ist im Jahre 1907 an Stelle des Junkers von Spiegel gewählt worden. Damals war er politisch ein unbeschriebenes Blatt Papier, und heute weiß man auch, daß er kein hervorragender Parlamentarier ist, aber mit den Junkern durch Dik und Dünz geht. Herr Bernick ist Mitglied des Bundes der Landwirte und auch in der Arbeiterbewegung spielt er eine bedeutende Rolle. Im letzten Wahlkampf vereinte dieser Herr 829 Stimmen auf seine Person und errang damit das Mandat im ersten Wahlgang. Diesmal dürfte es nicht so glatt abgehen; der Konservatve wird mit einer Stichwahl zwischen ihm und dem Sozialdemokraten oder auch dem Freijüngigen rechnen müssen.

Auch das Zentrum hat bereits mit seinen Klüften begonnen, indem es einige Voten vor Weihnachten seine Vertrauensmänner nach Brieg zu einer Versammlung zusammenberufen hat. Im Wahlkreis wohnen 70 Prozent Sozialist und kann sich daher diese Partei keinen großen Hoffnungen hin-

zu den letzten Wahlen wählte, die 2104 Stimmen. Fröh-

